

### **Postulat**

0690 Scherrer, Biel (FPS)

Weitere Unterschriften: 0

Eingereicht am: 24.11.2008

### **Busspuren für Motorradfahrer öffnen**

Der Regierungsrat wird eingeladen, analog zum Vorgehen im Kanton Aargau, in einem Pilotversuch zu prüfen, ob für Motorradfahrer das Befahren bestehender Busspuren gestattet werden könnte.

#### **Begründung**

Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) des Kantons Aargau will Busspuren auch für Motorradfahrer freigeben. Ein entsprechender Pilotversuch in der Region Baden wird mit einer Entlastung der normalen Fahrbahn begründet. Durch diese Verkehrstrennung könne darüber hinaus die Sicherheit erhöht werden.

Das BVU des Kantons Aargau hält fest, dass bei der fortschreitenden Verknappung der bestehenden Verkehrsflächen diese effizienter genutzt werden müssen. Eine Möglichkeit bestehe in einer besseren Auslastung der Busspuren.

Was im Kanton Aargau offensichtlich möglich ist, sollte auch im Kanton Bern in die Praxis umgesetzt werden können.

### **Antwort des Regierungsrates**

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich Massnahmen, die den Verkehr verflüssigen und die bestehenden Strassen effizienter ausnutzen. Die vom Postulanten vorgeschlagene Freigabe der Busspuren für Motorradfahrer würde indessen die Verkehrssicherheit nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse aus folgenden Gründen negativ beeinflussen:

- Fussgängerinnen und Fussgänger würden zusätzlich gefährdet, weil sie beim Überqueren der Strasse die herannahenden Motorräder hinter den stehenden Fahrzeugkolonnen nicht oder erst zu spät bemerken könnten.
- Auf Strecken mit Zufahrten und Einmündungen würden Konfliktstellen entstehen, wenn bei Abbiegemanövern die Busspur gekreuzt werden müsste. Die Gefahr einer Kollision mit von hinten herannahenden Motorrädern würde massiv zunehmen.
- Auch der öffentliche Verkehr würde – vor allem bei Lichtsignalanlagen mit Busbevorzugung – massiv behindert. Bei diesen Anlagen wären zusätzliche technische

und elektronische Ausrüstungen zum Erfassen der Motorräder und entsprechende Signalisationen zwingend notwendig. Dies wiederum hätte hohe Kostenfolgen.

Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat die vorgeschlagene Massnahme im jetzigen Zeitpunkt ab. Sollte der Pilotversuch in Baden zu neuen Erkenntnissen führen, könnte allenfalls eine neue Standortbestimmung vorgenommen werden.

**Antrag:** Ablehnung des Postulats

**An den Grossen Rat**